

Thesen zur Debatte um die „Zivilgesellschaft“ und „aktivierende Politik“

Die Debatte um die „Zivilgesellschaft“ speist sich aus verschiedenen Quellen und ist deshalb **unübersichtlich** geworden. Inzwischen hat sich der Begriff „Zivilgesellschaft“ in einen Modebegriff verwandelt, der vielfältig politisch einsetzbar erscheint. Ganz gleich ob man sich von „neoliberalen“ Konzepten absetzen oder basisdemokratische Schwärmereien nachgehen will, das Wort „Zivilgesellschaft“ weckt Hoffnungen. Ist diese Fokussierung auf die „Zivilgesellschaft“ allerdings hilfreich für eine konkrete Reform- und Modernisierungsperspektive oder nur Wortgeklingel bzw. ein Wort zur Maskierung der Ratlosigkeit?

Zunächst sollte vor allzu großen Hoffnungen **gewarnt** werden, als ob man hierüber alle anfallenden Probleme lösen könnte. Wenn dem so wäre, stellt sich die Frage, warum dies nicht bereits in der „alten“ Bundesrepublik geschehen ist, denn gerade wir verfügen – auch im internationalen Vergleich – über ein relativ dichtes Netz „zivilgesellschaftlicher“ Initiativen und Organisationen, die vor allem im Sozial- und Gesundheitssektor schon immer eine prominente Rolle gespielt haben. Freiwilliges soziales Engagement und bürgerschaftliche Assoziationen haben die Bundesrepublik schon immer geprägt, werden nun allerdings vor dem Hintergrund der offensichtlichen Finanzierungsengpässe des Sozialstaates und anderer Steuerungsprobleme wieder „neu“ entdeckt.

In dieser Lesart haben sich weniger die Realitäten maßgeblich verändert, vielmehr geht es um **neue Interpretationsangebote**, die durchaus die veränderten Rahmenbedingungen für staatliche Politik reflektieren. Warnen muß man jedoch vor Konzepten, die über die gesellschaftlichen Organisationen (als Kern der „Zivilgesellschaft“) und freiwilliges soziales Engagement die Krise des Sozialstaates beheben wollen.

Verschiedene empirische Untersuchungen weisen zwar darauf hin, daß das **soziale Engagement** der Bürger insgesamt **nicht** abgenommen hat. Defizite hinsichtlich der

Rekrutierung und Motivierung von Mitgliedern haben allerdings alle klassischen Großorganisationen in der Bundesrepublik, da sie immer weniger das Potential an sozialem Engagement an sich binden können. Dies hat mit einem Wandel der Präferenzen und Motive des Engagements zu tun. Traditionelle Werte wie Opferbereitschaft und Pflichtethik verlieren an Bedeutung. An die Stelle der bedingungslosen Hingabe an die soziale Aufgabe und den damit verknüpften Organisationszweck tritt heute der Wunsch nach einem **freiwillig** gewählten Engagement, das sich zeitlich den eigenen Bedürfnissen und den immer individueller werdenden Lebenspläne anpassen läßt. Offensichtlich kann man also von einem **Strukturwandel der Solidarität** (und damit dem Kern der „Zivilgesellschaft“) sprechen. Die „alte“ Solidarität ist in überkommene Sozialmilieus eingebunden und durch gesellschaftliche Zentralwerte legitimiert, die an Bedeutung verlieren (etwa Klassensolidarität oder christliche Nächstenliebe).

Demgegenüber ist die „neue“ Solidarität durch eine Verbindung von sozialer Gesinnung, persönlicher Betroffenheit, Selbstverwirklichungsmotiven und politischem Veränderungswillen geprägt; sie entwickelt sich zumeist in überschaubaren Zusammenhängen und ist wenig formal organisiert. **Zusammenfassend** kann man also festhalten, daß die Potentiale der Solidarität zwar nicht verschwunden, sondern an andere Motivationen gebunden sind, andere Strukturen aufweisen und andere Organisationsformen benötigen als dies bislang der Fall ist.

Eine **kritische Einschätzung** des Zivilengagements ist also durchaus angebracht. Vieles von dem, was jetzt medienwirksam verkauft wird, existiert schon lange und deshalb kann man dieses Potential **nicht** als **neues** Problemlösungsmuster oder Vision „verkaufen“. Ein ähnlich kritisches Resümee hinsichtlich des zivilen Engagements in den klassischen politischen Großorganisationen findet sich auch in einer vielbeachteten Analyse von Robert D. Putnam zum „**Sozialkapital**“ in den USA. In dieser Debatte ist einerseits das Argument zentral, daß über das Zivilengagement die Qualität des öffentlichen Lebens zentral beeinflusst wird und insofern wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist, andererseits das „Sozialkapital“ in den letzten Jahren einem durchgreifenden **Erosionsprozeß** unterliegt. Auch in den neu entstandenen „Non-Profit-Organisationen“ ist keine gegenläufige Entwicklung zu dem allgemeinen Trend der zurückgehenden sozialen Verbundenheit zu er-

kennen. Das Zivilengagement sowohl in klassischen sozial orientierten Vereinigungen als auch in den neuen Formen geht auch in den USA **zurück**; die Diskussion um eine „globale Revolution im Vereinswesen“ ist völlig überzogen. Realistisch ist vielmehr die ernüchternde Feststellung einer Erosion des Zivilengagements.

Vergleicht man die Entwicklung und Struktur des freiwilligen Sektors oder auch des „Zivilengagements“ unterschiedlicher Länder mit der Situation in der Bundesrepublik, so fallen allerdings einige Besonderheiten ins Auge. Zum einen ist in Deutschland vor allem in den konfessionell geprägten Milieus nach wie vor ein kleiner Kern von regelmäßig „zivilgesellschaftlich“ aktiven Menschen vorhanden. Neben diesen klassischen Milieus engagiert sich ein in den 80er Jahren größer gewordener Teil in neuen Organisationstypen (etwa Selbsthilfegruppen, Freiwilligenzentren oder Tausch- und Kooperationsringen).

Bei diesen Formen „zivilgesellschaftlichen“ Engagements hat Politik jedoch ihre Verantwortung einzulösen. Die **Infrastruktur** für freiwilliges soziales Engagement ist weiterhin auch eine Aufgabe für die Politik, die nicht kleinräumigen Initiativen überlassen werden kann. Nur um das bereits erodierende „soziale Kapital“ in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationsformen wieder zu stabilisieren bzw. neu zu motivieren, bedarf es gewandelter politischer Rahmenbedingungen und auch mutiger politischer Experimente.

„Zivilgesellschaftliche“ Ressourcen sind nicht „umsonst“ zu haben, sondern müssen konkret **„gepflegt“** und **unterstützt** werden. Eine symbolische Politik (etwa die Schaffung einer nationalen Freiwilligenagentur o.ä.) hilft da nicht weiter. Das Risiko ist im Gegenteil groß, daß Appelle zum verstärkten gesellschaftspolitischen Engagement oft substanzlos sind und den gewonnenen Interessenten keine adäquaten Angebote und Organisationsformen auf lokaler Ebene gegenüberstehen. Diese Enttäuschung läßt dann neue Potentiale nicht nur schnell wieder versiegen, sondern baut auch Vertrauen ab. Zivilgesellschaftliche Potentiale – so läßt sich resümieren – werden sich nicht in größerem Ausmaß spontan bilden oder erneuern, vielmehr hängen sie zentral von einer **aktivierenden** Politik ab.

→ Hofmann 2.6.
Hann → Herr
Ruckelshaus